



Was ist das Spezielle an Basels Energiepolitik?

VJ 0709

Die Bevölkerung von Basel-Stadt trägt viele Entscheide für einen strengeren Umweltschutz mit. Darum besteht im Kanton eine gesetzlich verankerte, Ressourcen schonende Energiepolitik, die sich auf folgende vier Pfeiler abstützt: Die konventionellen gesetzlichen Bestimmungen, die Förderabgabe, die Lenkungsabgabe auf Elektrizität und die Solarstrombörse.

KONVENTIONELLE GESETZLICHE BESTIMMUNGEN

Bei den konventionellen gesetzlichen Bestimmungen wird in der Schweiz immer wieder darüber diskutiert, ob der Minergie-Standard eingeführt werden soll. Für Basel-Stadt ist eine Einführung dieses Standards allerdings kein Thema: Die Vorgaben für die Gebäudeisolation gehören zu den strengsten in der Schweiz. Aber auch im allgemeinen Energiebereich greift Basel-Stadt konsequent durch: Dem lokalen Energieanbieter Industriellen Werke Basel (IWB) ist es verboten, Atomstrom einzukaufen. Ab 2010 soll er zudem den Stromkäuferinnen und -käufer im Kanton mit Zertifikaten belegen, dass der bezogene Strom aus erneuerbaren Quellen stammt.

FÖRDERABGABE

Der Kanton Basel-Stadt setzt bei Sanierungen ganz stark auf Förderung und Motivation. Dafür hat er seit über 20 Jahren spezielle finanzielle Mittel aus der Förderabgabe zur Verfügung. 1984 erhielt der Kanton ein Energiegesetz, das bestimmte, dass auf jeder Stromrechnung im Kanton ein Zuschlag erhoben wird. Heute stehen aus dieser Abgabe jedes Jahr rund 10 Millionen Franken zur Verfügung. Damit werden energietechnische Massnahmen wie Isolationen an Altbauten, der Einbau von besonders gut isolierenden Fenstern oder Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz von Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen unterstützt.

GEBÄUDESANIERUNG

Da rund 95% der Gebäude in Basel vor 1985 gebaut worden sind, startete der Kanton Anfang 2008 die Aktion Gebäudesanierung. Ziel ist es, die Gebäudehüllen von rund 200 Gebäuden gesamthaft zu sanieren; so können die Heizkosten bis zu 80% gesenkt werden. Wer sich für dieses Programm anmeldet, erhält nicht nur eine grosse finanzielle Unterstützung (bis zu 30% der Investitionskosten), sondern wird während der ganzen Bauphase von einem Energiecoach kostenlos beraten und betreut.

Beträge aus der Förderabgabe werden aber auch für Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie für die Förderung von erneuerbaren Energien eingesetzt (z.B. das inzwischen gestoppte Geothermie-Projekt «Deep Heat Mining»).

LENKUNGSABGABE

Ein weiterer Pfeiler der Basels Energiepolitik ist die Lenkungsabgabe. Als Mitte der 90er Jahre die Strompreise gesenkt wurden, schlug Basel einen etwas anderen Weg ein: Der Strompreis wurde zwar gesenkt, aber im gleichen Ausmass wurde eine Lenkungsab-



gabe erhoben, damit man nicht falschen Anreiz zum Stromvergeuden setzt. Der Ertrag dieser Abgabe fließt vollumfänglich an die Basler Betriebe und Haushalte zurück.

DIE SOLARSTROMBÖRSE

Die Solarstrombörse bedeutet, dass die IWB verpflichtet sind, jedes Jahr zusätzlich 2000 kWp Solarstrom zu kostendeckenden Preisen entgegen zu nehmen und in ihr Netz einzuspeisen.

PARTNERSCHAFTEN

Kein eigentlicher Pfeiler, aber eine wichtige Rolle für die Energiepolitik in Basel-Stadt nehmen schliesslich auch die Partnerschaften ein: Im Bereich der nachhaltigen Entwicklung arbeitet der Kanton eng mit dem Projekt Novatlantis «2000-Watt-Gesellschaft, Pilotregion Basel» zusammen. Diese Zusammenarbeit bietet Basel-Stadt nicht nur die Möglichkeit, konkret auf wichtige Entwicklungsschwerpunkte einzuwirken. Sie treibt auch den Schulterschluss zwischen den verschiedenen Ämtern des Kantons, der ETH (novatlantis), der Universität Basel und der Fachhochschule beider Basel voran.

KLIMANEUTRALE VERWALTUNG

Der Regierungsrat von Basel-Stadt will im Bereich Bauen mit gutem Beispiel vorangehen und hat darum das Projekt Klimaneutrale Verwaltung lanciert. Er hat Ende 2008 hat sehr hohe Standards für Neubauten und für die Sanierung der kantonalen Verwaltungsgebäude festgelegt. Gestartet wurde das Programm mit der Sanierung der Gewerbeschule. Hier konnte aufgezeigt werden, dass auch bei einem denkmalgeschützten Gebäude der Minergie-Standard erreicht werden kann. Parallel soll bei allen kantonalen Bauten, deren Sanierung im 10-Jahresprogramm vorgesehen ist, nicht einfach nur die Gebäudesubstanz oder die technischen Anlagen saniert werden, sondern jeweils eine energetische Optimierung erstrebt werden.

Aber auch der Energieverbrauch von Industrie und Gewerbe soll anvisiert werden – dabei soll nicht nur an die Eigenverantwortung der Firmen appelliert werden. Hier will die Regierung möglichst eng mit der Industrie zusammen arbeiten und Lösungen suchen.